

Spitzenforschung in der Euregio Maas-Rhein

Das Dreiländereck Aachen-Lüttich-Maastricht bewirbt sich als Standort für das Einstein-Teleskop, mit dem beispielsweise schwarze Löcher erforscht werden sollen. Das Teleskop würde neue wissenschaftliche Erkenntnisse über die Historie der Sternentwicklung liefern. Dieses Projekt der Spitzenforschung mit globaler Ausstrahlung bietet große Chancen für Wissenschaft und Wirtschaft in der Region und für ganz Nordrhein-Westfalen. In einem Antrag machen sich die Fraktionen von FDP, CDU, SPD, und Grünen für dieses Projekt stark. In einem ersten Schritt soll NRW sich dafür einsetzen, dass das Einstein-Teleskop als wissenschaftliches Vorhaben von nationaler und europäischer Bedeutung anerkannt wird.

→ [Antrag: Großprojekt in der Euregio Maas-Rhein](#)

Erstes „Gastarbeiter-Abkommen“ vor 55 Jahren

Nordrhein-Westfalen wäre so viel ärmer – wirtschaftlich und kulturell – ohne den Fleiß, die Einsatzbereitschaft und die kulturellen Einflüsse der Menschen, die durch die Anwerbeabkommen in unser Land gekommen sind. Auf rund 2,6 Millionen wuchs die Zahl der ausländischen Beschäftigten zwischen 1955 und 1973 an. Ein großer Teil von ihnen kam nach NRW. Und viele blieben. Die Jahrestage der Anwerbeabkommen möchten die Fraktionen von FDP und CDU zum Anlass nehmen, die Lebensleistung der Mensch zu würdigen und die Geschichte der Anwerbeabkommen in einem geeigneten Rahmen aufzuarbeiten.

→ [Antrag: NRW würdigt Anwerbeabkommen](#)

Außerordentliche Wirtschaftshilfen in der Krise

Die Corona-Pandemie ist für zahlreiche Unternehmen existenzbedrohend. Die jüngsten Einschränkungen des wirtschaftlichen und öffentlichen Lebens bringen besonders die Gastronomie- und Hotelbranche in große Nöte. Rücklagen, die dort in den letzten Jahren aufgebaut wurden, reichen nicht aus, um die aktuelle Krise zu überbrücken. Die Unternehmen der Branche haben in den vergangenen Monaten nicht nur viele gute Hygienekonzepte entwickelt, sondern auch Investitionen in moderne Technik und Umgestaltung ihrer Räumlichkeiten getätigt, um so zur Eindämmung des Infektionsgeschehens beizutragen.

Die Freien Demokraten in der NRW-Koalition haben sich dafür eingesetzt, die aktuelle flächendeckende Schließung von Gastronomie und Hotels zu verhindern. Leider konnte sich Nordrhein-Westfalen mit dieser Forderung in der Ministerpräsidentenkonferenz mit der Bundeskanzlerin nicht durchsetzen. Umso wichtiger ist, dass die von der Bundesregierung jetzt versprochenen Entschädigungen für den Monat November schnell und unbürokratisch ausgezahlt werden, um eine Pleitewelle in Nordrhein-Westfalen zu verhindern.

Die Eckpunkte der Wirtschaftshilfen sind ein Leuchtstreifen am Horizont für die vielen Betroffenen für Unternehmerinnen und Unternehmer sowie für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der Branche. Für die Betroffenen zählt jetzt jeder Tag. Deshalb ist wichtig, dass in der letzten Novemberwoche schon Abschlagzahlungen erfolgen können.



Corona-Hilfen für das
Hotel- und Gaststättengewerbe

In der Debatte über die Novemberhilfen macht Ralph Bombis, wirtschaftspolitischer Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, klar: „Ich bedanke mich bei unserem Wirtschaftsminister Andreas Pinkwart, der unermüdlich in den Beratungen mit Bund und Ländern darauf hingearbeitet hat, dass die Hilfen den größtmöglichen Kreis von Betroffenen erreichen, die Umsatzverluste angemessen kompensiert und die Hilfen möglichst unkompliziert und bürokratiearm fließen können. Eine gute Nachricht ist, dass für die Gastronomie Umsätze aus dem Außerhausverkauf bis zu einer Höhe des Vorjahreszeitraums von 25 Prozent nicht auf die Hilfen angerechnet werden. So wird während der Schließungen die Ausweitung dieses Geschäftsbetriebs begünstigt.“

→ [Antrag: Solo-Selbstständige in Existenznöten](#)

Weitere Initiativen der FDP-Landtagsfraktion

Akzeptanz für neue Pflanzenzüchtungsmethoden stärken

Wie kann man Hunger bekämpfen, Pflanzen vor Schädlingen und Umwelteinflüssen schützen und klimaschonende Landwirtschaft betreiben? Die NRW-Koalition will diesen Diskurs technologieoffen führen. Dabei soll auch über neue Züchtungsmethoden wie die Gen-Schere CRISPR/Cas beraten werden und NRW auch den Dialog mit anderen europäischen Ländern suchen.

→ [Antrag: Vorteile für Umwelt, Klimaanpassung und Wirtschaft nutzen](#)

Situation von psychisch kranken Häftlingen verbessern

Psychische Erkrankungen stellen im Justizvollzug eine besondere Herausforderung dar. Es besteht Handlungsbedarf, um die Erkennung von und den Umgang mit psychischen Erkrankungen zu verbessern. Die Fraktionen von FDP, CDU, SPD, und Grünen fordern in einer gemeinsamen Initiative, die Zusammenarbeit mit Honorarärztinnen und -ärzten zu verstärken und die ambulante Betreuung zu verbessern. Zudem soll die Landesregierung bis Ende 2021 ein Konzept zum bedarfsgerechten Ausbau der psychiatrischen Behandlungskapazitäten für den Justizvollzug vorlegen.

→ [Antrag: Maßnahmen zum Umgang mit psychischen Erkrankungen im Justizvollzug](#)

Rechtsstaatlichkeit in Europa schützen

Die Rechtsstaatlichkeit ist das Fundament der europäischen Werteordnung. Leider gerät sie vielerorts vermehrt unter Druck. Das zeigt auch ein erster Bericht der EU-Kommission, der die Entwicklungen der letzten Jahre vor allem in Polen und Ungarn kritisch sieht. Die Verhandlungen zwischen den Institutionen der Europäischen Union gestalten sich schwierig: Der Rat einigte sich auf einen deutlich schwächeren Rechtsstaatsmechanismus, während das Europäische Parlament eine effektive Bindung von EU-Geldern an die europäischen Grundwerte und damit auch an einen harten Rechtsstaatsmechanismus fordert. In einem Antrag haben die Fraktionen von FDP und CDU die Landesregierung aufgefordert, sich auf allen Ebenen für die Stärkung der Rechtsstaatlichkeit einzusetzen.

→ [Antrag: EU-Grundwerte stehen nicht zum Verkauf!](#)